

[← zurück](#)

## Steinbrück lässt Banker schäumen

Müller kritisiert Angebot für Privatanleger

VON ANNA SLEEGERS

Banken und Finanzministerium streiten heftig über das Geschäft des Bundes mit Privatanlegern. Nach dem erfolgreichen Start der Tagesanleihe vor einigen Wochen soll die mit dem Schuldenmanagement der Bundesrepublik beauftragte Finanzagentur nach dem Willen des Finanzministers Peer Steinbrück (SPD) weitere Produkte unters Volk bringen. Klaus-Peter Müller, Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, bezeichnete dies auf einer Veranstaltung des Internationalen Clubs Frankfurter Wirtschaftsjournalisten (ICFW) als marktverzerrend. "Das ist ein Verstoß gegen die soziale Marktwirtschaft", wettete Müller. Da könne man auch gleich die Banken abschaffen.

Der Direktvertrieb soll den Bürgern wieder mehr Appetit auf Staatsanleihen machen. Seit 1990 ist der Anteil der Privatkunden bei der Schuldenaufnahme von mehr als 40 unter drei Prozent abgesackt. Fast alles wird von institutionellen Anlegern aufgekauft. Um das zu ändern, bietet der Bund bereits eine Tagesanleihe an, deren Konditionen sich mit denen der Tagesgeldkonten privater Banken messen können. Im kommenden Jahr soll ein Sparplan auf Staatsanleihen hinzu kommen.

Nicht nur die Privatbanken, auch Genossenschaftsbanken und Sparkassen sind verärgert über die neue Konkurrenz. "Wir fordern eine Grundsatzentscheidung darüber, ob die Finanzagentur ohne Banklizenz in diesem Geschäft mitmischen darf", sagte eine Sprecherin des Sparkassen- und Giroverbands. Die Institute kritisieren, dass die Finanzagentur dank staatlicher Unterstützung günstige Konditionen anbieten kann.

Das Bundesfinanzministerium wies die Kritik zurück. Der Vorwurf einer Marktverzerrung sei nicht haltbar. Dafür habe der Bund im Geschäft mit Privatkunden einen viel zu geringen Marktanteil. Dieser habe in den vergangenen zwei Jahren unter einem Prozent gelegen. Auch mit den neuen Produkten soll der Anteil bis 2013 nicht über 1,7 Prozent steigen. In einem der Nachrichtenagentur Reuters vorliegendem Schreiben an die Bankenverbände unterstreicht Steinbrück, dass die Finanzagentur des Bundes der Steuerpflicht unterliege. Angesichts der geringen Marktanteile und der internationalen Gepflogenheiten sehe er daher "keine Wettbewerbsverzerrung im Retailmarkt." Rückendeckung erhielt Steinbrück vom Haushaltsexperte der SPD-Fraktion, Carsten Schneider. Schneider hält es für wünschenswert, dass die Produktpalette des Bundes modernisiert wird. Die Union schlug sich dagegen auf die Seiten der Banken.

**mit rtr**

[ document info ]  
Copyright © FR-online.de 2008  
Dokument erstellt am 07.08.2008 um 17:28:03 Uhr  
Letzte Änderung am 07.08.2008 um 18:25:47 Uhr  
Erscheinungsdatum 07.08.2008 um 17:28:03 Uhr

URL: [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/wirtschaft/aktuell/?em\\_cnt=1407969&em\\_loc=31](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/?em_cnt=1407969&em_loc=31)